

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 19. April 2016

Die bayerischen kommunalen Migrantvertretungen begrüßen die Gründung neuer Integrationsbeiräte und fordern „Null Toleranz gegen Rassismus!“

Die Vollversammlung der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns am Sonntag, den 17. April 2016 in Würzburg traf auf reges Interesse. 42 Delegierte sowie 40 Akteure der Integrationspolitik nahmen teil.

Die Zahl der kommunalen Integrationsbeiräte wächst: der Integrationsbeirat der Stadt Karlstadt, der Migrationsbeirat der Stadt Rothenburg und der Integrationsbeirat des Landkreises Oberallgäu Süd wurden als neue Mitglieder in die AGABY aufgenommen. Damit zählt die bayerische Dachorganisation AGABY aktuell 26 Mitglieder. *„Wir freuen uns sehr über die Neugründung von Integrationsbeiräten in weiteren Regionen Bayerns und die neuen Mitstreiter“*, so Mitra Sharifi Neystanak, die Vorsitzende der AGABY. Die neuen Beiräte dankten der AGABY für die gute Beratung und die Unterstützung bei der Aufbauphase. Die langjährigen Mitglieder der AGABY betonten, welche große Bedeutung der Dachverband als Plattform für Austausch und Vernetzung für die Integrationsbeiräte hat.

Weitere sechs Kommunen bzw. Landkreise begleitet die AGABY derzeit bei der Gründung eines Integrationsbeirates. *„Diese Initiativen der Kommunen bestätigen uns in unserer langjährigen Forderung, dass kommunale Integrationsbeiräte als politische Akteure in einer vielfältigen Stadtgesellschaft nicht mehr wegzudenken sind. Deshalb sollte die Gründung eines Integrationsbeirats zur kommunalen Pflicht gemacht und dafür ein verbindlicher gesetzlicher Rahmen festgelegt werden“*, unterstreicht Mitra Sharifi Neystanak.

Die aktuellen politischen Entwicklungen stellen die Integrationsbeiräte vor große Herausforderungen. In diesem Sinne haben über 40 Delegierten der bayerischen Integrationsbeiräte brennende integrationspolitische Themen diskutiert und drei Resolutionen und eine Stellungnahme verabschiedet.

In ihrer Resolution **„Vormarsch des Rassismus und der Rassisten stoppen!“** warnen die Integrationsbeiräte vor dem Erstarken rassistischer Kräfte und Positionen in Gesellschaft und Politik. *„Wir fordern null Toleranz bei rassistischen und volksverhetzenden Äußerungen und Handlungen, auch in den sozialen Medien; konsequente Strafverfolgung und Opferschutz. Für ganz wichtig halten wir die flächendeckende Einrichtung von Anlaufstellen für von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen“*, erklärt Hamado Dipama, stellvertretender Vorsitzender der AGABY. Nicht nur Politik und Medien, sondern die gesamte Zivilgesellschaft stehen in der Pflicht, die Würde des Menschen zu schützen und dem Rassismus die Stirn zu bieten.

Mit einer Resolution zur Bildungspolitik fordern die Integrationsbeiräte: **„Schule für Alle zukunftsfähig machen!“**. *„Die aktuellen Herausforderungen durch die schulische Eingliederung von Neuzuwanderern machen die Versäumnisse und Schwächen der bayerischen Bildungspolitik noch mehr spürbar“*, erläutert Mitra Sharifi. Deshalb sei eine Reihe von längst fälligen Innovationen nötig, um die bayerische Bildungslandschaft den Anforderungen unserer vielfältig und vielseitig gewordenen Gesellschaft anzupassen. Bildungseinrichtungen müssten in die Lage versetzt werden, flexibel auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen und Heterogenität und Mehrsprachigkeit als Chance zu nutzen.

In ihrer Resolution zum Thema **Flüchtlingspolitik** fordern die bayerischen Integrationsbeiräte Verantwortung und Solidarität gegenüber der Herausforderung zu zeigen, anstatt Maßnahmen repressiver Flüchtlingsabwehr durchzuführen. Die Beiräte lehnen eine Verschärfung des Asylrechts ab und verlangen u. a. das Recht auf unmittelbare Familienzusammenführung und den sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan. Des Weiteren fordern die Integrationsbeiräte die Rücknahme der Kürzung vom Taschengeld der Flüchtlinge für Kommunikation bei kostenlosem WLAN und die sofortige Einführung der Fahrerlaubnisprüfung in arabischer Sprache.

Zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein **„Bayerisches Integrationsgesetz“** hat die AGABY eine kritische Stellungnahme verfasst. *„Integration braucht eine Infrastruktur mit institutionellen, personellen und finanziellen Zuständigkeiten und Ressourcen, damit diese Aufgabe dauerhaft und kompetent auch in der Landesverwaltung und auf den Bezirksebenen behandelt wird“* argumentiert Mitra Sharifi Neystanak. Migrant_innen allgemein unter den Verdacht der Integrationsunwilligkeit zu stellen hilft nicht weiter. Stattdessen ist es unabdingbar, die Menschen einzubeziehen und konkrete Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung der Eingewanderten auch bei der Gestaltung der Integrationspolitik zu bieten. Gleichzeitig fordert AGABY den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden **zum Bundesintegrationsgesetz Stellung zu beziehen**.

Anlagen:

- Stellungnahme der Vollversammlung der AGABY e. V. zum „Bayerischen Integrationsgesetz“ – Entwurf der Staatsregierung vom 23.02.2016
- Resolution der Vollversammlung der AGABY „Vormarsch des Rassismus und der Rassisten stoppen!“
- Resolution der Vollversammlung der AGABY „Schule für Alle zukunftsfähig machen!“
- Resolution der Vollversammlung der AGABY „Flüchtlingspolitik: Verantwortung und Solidarität gegenüber der Herausforderung zeigen anstatt Maßnahmen repressiver Flüchtlingsabwehr und Asylpaket II“